

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 31 (1990)  
**Heft:** 22

**Artikel:** Leseproben : Solschenizyns Vorschlag zur Rettung Russlands  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093034>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Leseproben

In der letzten Nummer haben wir von Solschenizyns anvisierter Russischer Union den Aspekt der territorialen Beschränkung auf die slawischen Gebiete behandelt. Das ist für den Autor dem eigentlichen Inhalt nur vorangestellt, denn ihm geht es darum, wie das so begrenzte Russland zu seiner Erneuerung kommen soll. Viele seiner Passagen setzen die Kenntnis der russischen Geschichte und ihrer Begriffe voraus. Wir bringen aus seinem Text als Leseprobe einige Auszüge, die auch im Westen allgemeinverständlich sind.

### Dringlichkeiten

Im Verlauf von drei Vierteln eines Jahrhunderts sind wir so arm, so hässlich und so hoffnungslos geworden, dass viele unter uns aufgeben wollen und es Gott überlassen, rettend einzugreifen. Aber Gott hilft denen, die sich selber helfen.

Was uns dazu bringen kann, die angesammelten Übel alle zu überwinden, das ist das Schicksal unserer Kinder, das ist unser eige-

ner Wille zum Überleben, und das ist der seltsamerweise doch auf uns gekommene Geist unserer Vorfahren aus den letzten tausend Jahren zuvor.

Es ist schwer, mit Umsicht und Klugheit die vordringlichen Aufgaben anzugehen, wenn uns die Zeit zu wohlprogrammierter Planung fehlt. Unser Zwang sind die Löcher, die es zu stopfen gilt, und unser Antrieb sind Bedürfnisse, die eines wie das andere gebieterrisch nach Stillung verlangen.

Sie in der richtigen Reihung aufzuzählen vermag ich als einzelner nicht. Da müssen die Besten mit praktischer Befähigung zusammenkommen und ihre Kräfte zusammen tun. Unsere Wirtschaft ist siech in allen ihren Teilen, und wir müssen sie heilen, denn das Leben braucht sie nun einmal. Ein halbes Jahrhundert lang hat die Arbeit keinen Lohn gebracht; ihr einen fassbaren Sinn zu geben wird dringlich. Niemand ist erfüllt vom Auftrag, dass Korn zu Brot werde, niemand ist erfüllt von Sorge um das Vieh. Millionen haben die Nächte von Jahrzehnten in

schmutzigen Schlafsälen verbracht oder belegen sonst Behausungen, die kein Wohnen erlauben. Die Alten und Gebrechlichen sind bettelarm bis zur Wörtlichkeit. Die Weiten unseres Landes waren herrlich und sind es nicht mehr; der Abfall unserer Industrie überlagert sie mit seinen Haufen. Die Natur, von uns so lange in Undank missachtet, nimmt ihre Rache. Die Kreise der Verseuchung breiten sich aus, und Tschernobyl ist eines nur der Beispiele.

Bei alledem haben wir uns darauf einzurichten, Landsleute wieder anzusiedeln, die anderswo (*nach Abtrennung der nichtrussischen Länder*) ihre Bleibe verlieren. Vermeiden lässt sich das nicht mehr.

Und das Geld dazu? Nun, wir versorgen nach wie vor Tyrannen, die wir dem Globus da und dort aufgepflanzt haben. Sie sind aus eigener Kraft nicht lebensfähig und zehren von dem, was wir haben: Kuba, Vietnam, Äthiopien, Angola, Nordkorea und die andern; wir sind unsern vermeintlichen Interessen ja überall nachgegangen. Tausende unserer Berater hungern immer noch dort herum, wo man sie zuletzt abgesetzt hatte. Und wenn schon Ströme von Blut in Afghanistan vergossen worden sind, muss man doch dafür dort, so glaubt man, irgendwie irgend etwas festzuhalten haben. So schaufelt man der verlorenen Sache noch weiteres Geld nach. Zusammen kosten uns die aussichtslosen Regimes ein paar Dutzend Milliarden im Jahr.

Wer mit einem sauberen Schlussstrich diesem Unfug ein Ende bereiten würde (*indirekte Aufforderung an Gorbatschow*), wäre ein Staatsmann für seine Heimat.

Dann: Wir kurbeln weiterhin an der Produktion neuer und neuartiger Offensivwaffen; wie lange noch und wozu? Weder brauchen wir eine Allozeanskriegsmarine, noch glauben wir länger an die Eroberung des Planeten. Da könnten wir uns jährlich Hunderte von Milliarden sparen, und das sogar sofort.

Oder: Wir liefern unsere Rohstoffe, als ob wir Trümpfe zu verwerfen hätten, zu Vorzugspreisen nach Osteuropa. Diese Ländergruppe existierte im «sozialistischen Lager» und hat genug von ihm. Wir freuen uns für die osteuropäischen Länder. Mögen sie nach ihrem eigenen Willen leben und gedeihen.



4 Karikatur «Ogonjok», Moskau, Nr. 40/1990

Und mögen sie ihren Bedarf zu Weltmarktpreisen selber decken.

*(Solschenizyn schrieb das im Juli 1990, und inzwischen ist die Sowjetunion seinem Wunsch nachgekommen; die Tschechoslowakei zum Beispiel weiss nicht mehr, wie sie die sowjetischen Erdöllieferungen bezahlen soll.)*

Das alles, meint ihr, bringe noch nicht genügend ein? Dann lasst von euren vorschnellen Industrie-Investitionen alle weg, die nichts einbringen.

Schliesslich redet man heute viel von den immensen Vermögenswerten, welche die KPdSU geschluckt hat, und es gibt sie tatsächlich, nur leider zu grossen Teilen nicht im wiederbringlichen Zustand. Die Partei hat sich viel vom Volk genommen und es auf ihre Weise genutzt, 70 Jahre lang. Sie wird niemals imstande sein, das zurückzugeben,

was sie alles verschwendet, verschmissen und gestohlen hat. Aber wenigstens kann sie das zurückgeben, was an verwertbaren Resten noch vorhanden ist, Gebäulichkeiten aller Art, Erholungsheime, landwirtschaftliche Sonderbetriebe und Verlagshäuser. Und sie kann es künftig damit bewenden lassen, aus den Einkünften ihrer Mitgliederbeiträge zu leben, statt den Staat zu bemühen, auch was die Renten von Parteifunktionären angeht.

Und hören wir überhaupt auf, die ganze Bürokratie der Nomenklatura zu füttern, den parasitären Verwaltungsapparat, die Millionen von unproduktiven Beamten, die das öffentliche Leben lähmen mit ihren überblähten Löhnen, ihren fetten Nebeneinkünften und ihren Spezialläden. Man kann ihnen nutzbringende Arbeit geben und sie nach Verdienst entlohnen. In der neugestalteten Russischen Union werden vier Fünftel

aller Ministerien und Verwaltungsabteilungen entbehrlich.

Aus allen angeführten Quellen zusammen kommen wir schon zu Geld.

Was haben uns die fünf, sechs Jahre prospekthaft propagierter Perestrojka gebracht? Ein zusammengestauchtes Zentralkomitee. Ein ausgesucht zurechtgestückeltes Wahlsystem, das der Kommunistischen Partei noch einen Griff freihalten wollte, sich an die Macht zu klammern. Eine Wirrnis von Gesetzen, alle unentschlossen, unbeholfen und vieldeutig.

Die Partei hat auf ihre verfassungsmässigen Vorrechte verzichtet. Aber solange sie nicht jeglichen Einfluss auf Staat und Wirtschaft aufgibt, solange sie nicht aufhört, uns zu gängeln, in jedem Bereich und jeder Ortschaft, so lange versperrt sie dem Staatsbürger den Zugang zu seinen eigenen Anliegen und lässt ihn nichts Vernünftiges erreichen.

Gewiss befindet sich die Partei auf dem Verzichtweg, gezerrt und gestossen. Den Bussweg bewusst zu beschreiten wäre besser, auch für sie – im öffentlich geäusserten Bedauern darüber, dass sie das Land durch Verbrechen, Rücksichtslosigkeit und Unvernunft heruntergebracht hat und noch jetzt keinen Ausweg anzubieten weiss.

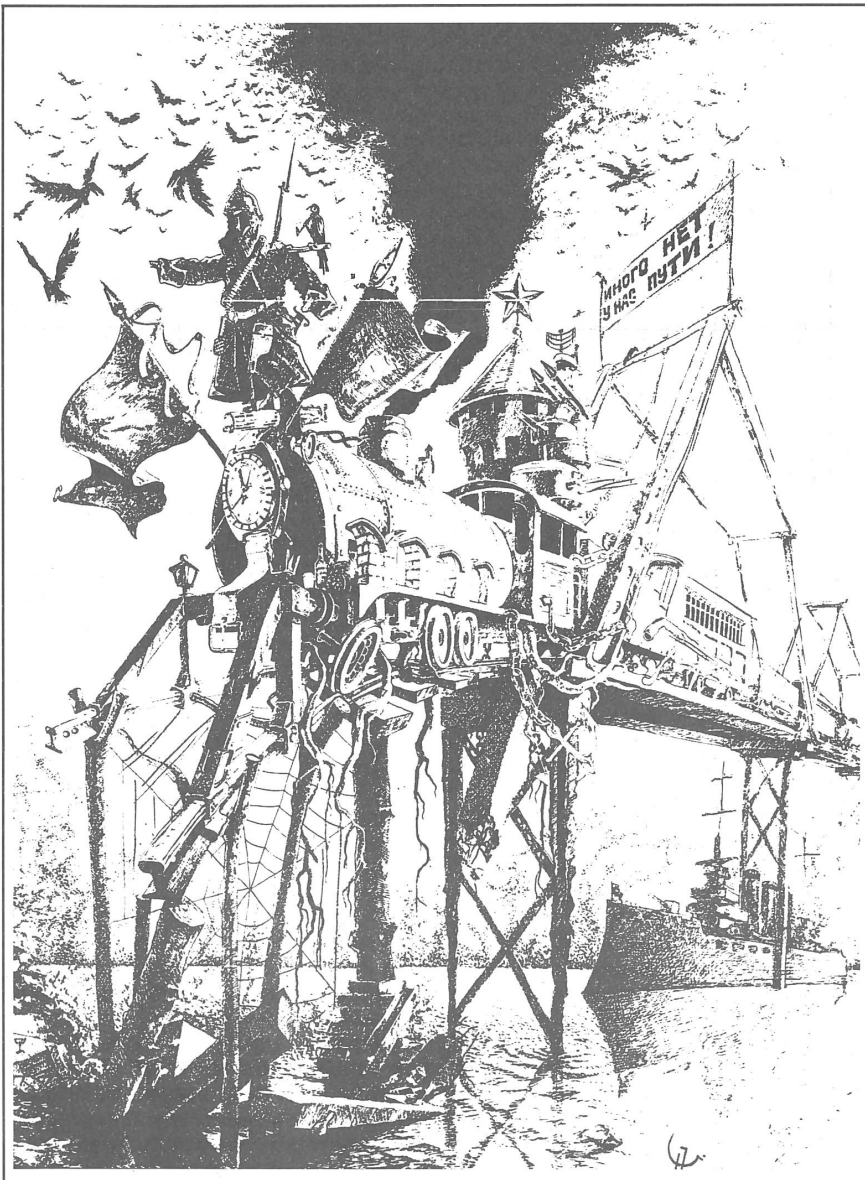
Ein solches Eingeständnis wäre das Gebot der Stunde und nicht die Gründung einer neuen Russischen Kommunistischen Partei, die den Namen Russlands im Sinne einer so blutigen wie schmutzigen Kontinuität beansprucht und sich dem Gang der Geschichte versperrt. Würde die Partei sowohl ihre Schuld wie auch ihre Hilflosigkeit offen eingestehen, liesse sich dadurch wenigstens erstmals die moralische Atmosphäre reinigen, die dumpf uns drückt.

Unserer Zukunft liegt konkret noch das KGB im Wege, der dicke Bunker aus dichtem Beton. Und eben jetzt, so wird uns von dort gesteckt, unverzichtbar wegen der international so nötigen Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste; denkste. Unverzichtbar für diese Leute ist nur ihre eigene Weiterexistenz und demzufolge die Niederdrückung dessen, was sich im Volk bewegt. Nein, nach 70 Jahren Tscheka-KGB gibt es für diese Organisation des Bösen keine Rechtfertigung mehr; sie darf nicht länger bestehen.

### Der Boden des Bauern

Dem Menschen bedeutet sein Boden nicht nur wirtschaftlich etwas. Dass unser Sinn dafür gelitten hat, schwächt auch das Land. Das bäuerliche Gespür ist so gründlich niedergetreten worden, dass seine Wiederbelebung nicht mehr sicher ist. Es ist spät geworden, sehr spät.

Wir sind jetzt wenigstens auf ein Pachtsystem gekommen, aber wie wir es einführen,



Karikatur «Ogonjok», Moskau, Nr. 40/1990. «Es gibt keinen anderen Weg für uns.»

hinhaltend und täuschend, das grenzt an Hohn. Dank seinem ausgesuchten Mangel an jeglicher Kohärenz eignet es sich am besten dazu, Interessenten abzuschrecken. Die Pächter bleiben den Behörden von Sowchosen und Kolchosen untertänig ausgeliefert, wogegen diese Herrschaften alle Chancen kriegen, das Pachtgesetz ungesetzlich auszunützen. Wer das Land bearbeitet, kriegt alles, was er dazu braucht, zu extra erhöhten Preisen und wird dafür genötigt, alles, was er produziert, dem vorgeschriebenen Vertrieb zu extra erniedrigten Preisen abzugeben; anders kann man ihm beschlagnahmen, was er selber investiert hat, einschliesslich seiner eigenen Viehhabe.

Ein Stück eigenen Bodens bedeutet für den Bauern erst dann Freiheit, wenn dahinter auch ein freier Markt steht, samt konkurrierenden Transportmitteln, Unterhaltungsdiensten, Baumaterialien und Kreditinstituten.

Wir bringen es zuverlässig fertig, Reformen in der schlechtestmöglichen Art anzulassen, und das Pachtgesetz ist da keine Ausnahme.

Dabei ist das Prinzip der persönlichen Pacht – besser freilich von den selbstverwalteten Territorialbehörden als von den landwirtschaftlichen Kollektivbetrieben – durchaus ein Schritt, die Agrarverhältnisse besser zu machen. (*Bloss mit dem Motto, alle Garantien dem Verpächter zuzuhalten, komme man nirgends hin.*)

Allerdings: Nachdem die Bauern ungerechtfertigterweise ihr Gefühl für den Boden und

gerechtfertigterweise ihr Vertrauen in die Behörden verloren haben, ist es möglich, dass keinerlei Pacht die Leute mehr anzuziehen vermag. Dazu kommt, dass die Pacht im Vergleich zum Privateigentum an Boden wirtschaftlich benachteiligt ist und in der internationalen Konkurrenz nicht mithalten vermag. Damit bleibt unsere Landwirtschaft dem Westen unterlegen, solange wir den Boden nicht privatisieren. Tatsächlich ist es eine Frage der Konsequenz. Wenn wir schon nach der Privatisierung als Allheilmittel für alle möglichen Sektoren rufen, kann man den Boden unserer Bauern nicht ewig ausgrenzen.

Dass sie ihn dann auch selber kriegen, wenn es einmal soweit ist, darauf müssen wir freilich sehr aufpassen. Sogar unter Stolypin (*der russische Ministerpräsident Peter Stolypin führte 1910 die grosse Agrarreform ein, erlag aber ein Jahr später einem Attentat*) war man mit strikten Auflagen darauf bedacht, dass der Boden tatsächlich in den Händen jener bleiben sollte, die ihn bearbeiteten. Es galt, ihn vor dem Zugriff der Spekulanten in ihrer Tarnung von «gemischten Gesellschaften» zu schützen. Inzwischen ist Vorsicht erst recht angebracht. Unsere Bauernschaft hat ihre Wurzeln verloren, unsere smarte Spekulantenschicht der städtischen Schattenwirtschaft hat ihre Hemmungen verloren, und unsere morsche Verwaltung hat die Übersicht verloren. Schon jetzt sind wir fast soweit, dass man unter dem Deckmantel einer angeblichen Kooperative oder einer sonstigen Organisation einen Grossgrundbesitz zusammenkaufen und mit seinen

eigenen Figuren bevölkern kann, und vom möglichen Ausverkauf an Ausländer habe ich noch gar nicht geredet. Dem allem ist ein Riegel zu schieben.

Den Bauern ist ein Vorkaufsrecht auf eine Parzelle einzuräumen; sie sollten das Grundstück mittels mehrjährigen, steuerfreien Abzahlungsverträgen erwerben können. Die maximale Parzellengrösse ist je nach Gebiet und Ertragsfähigkeit im voraus festzulegen; so wird die Freiheit des Eigentums auf die Intensität der Eigenbewirtschaftung gelenkt statt auf Expansion. Die hohe Produktivität der bisherigen Nebengewirtschaften sogar unter den Bedingungen eines oppressiven Systems ist ein Indiz dafür, dass die Arbeit unserer Bevölkerung bei entsprechender Förderung noch Wunder vollbringen könnte.

Die Grössenbeschränkung der verkauften Parzellen gestattet ferner die Bildung von Landreserven samt der Möglichkeit der Zuteilung von Gärten an die übrige Bevölkerung. Dafür, dass der Boden von seinen Erwerbern anhaltend landwirtschaftlich genutzt wird, ist mit einer Steuerpolitik zu sorgen, die nach diesem Kriterium gehandhabt wird.

## Die Wirtschaft

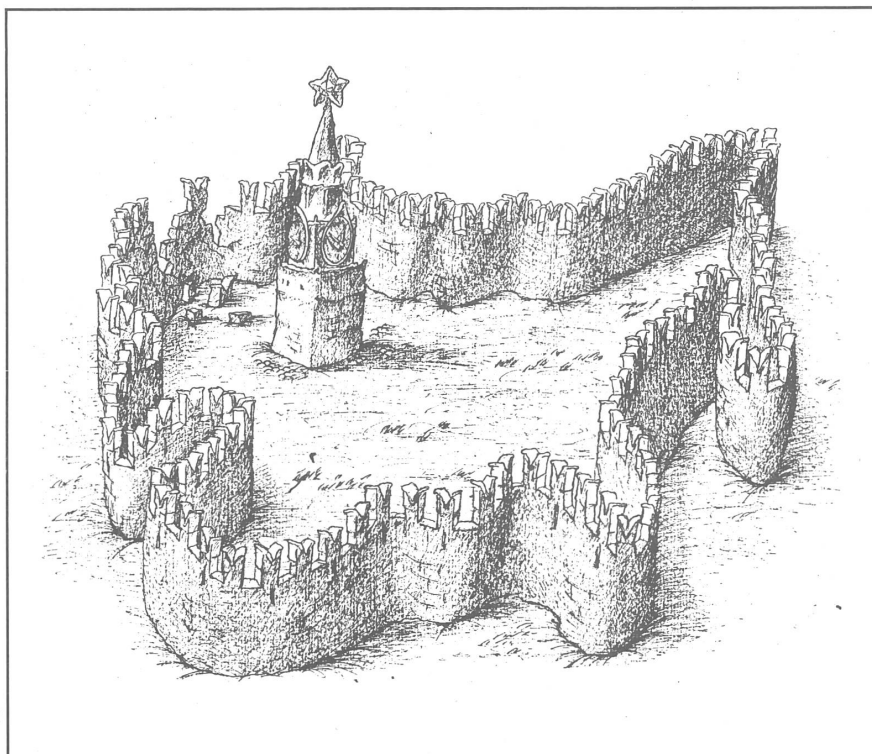
Stolypin sagte, man könne keinen Rechtsstaat schaffen, ohne zuvor dem Bürger seine Mündigkeit gegeben zu haben. Nun fehlt es einem Bürger an Mündigkeit, wenn er nicht über Eigentum privat verfügen darf.

Gut 70 Jahre lang hat man uns mit Erfolg eingetrichtert, privates Eigentum an Produktionsmitteln und private Anstellung von Arbeitskräften seien des Teufels. In dieser Hinsicht hat die Ideologie in uns drin einen Sieg über eine Gegebenheit menschlicher Normalität errungen. Unser Gesamtbild westlichen Wirtschaftens zum Beispiel deckt sich praktisch mit der Karikatur der Sache gemäss der Lehre.

Indessen gehört Eigentum zu den Möglichkeiten menschlicher Individualität und fördert ihre Entfaltung; es darf bloss nicht Ausmass und Potenz erhalten, andere niederzudrücken. Entsprechendes gilt von der privaten Anstellung anständig bezahlter Arbeitskräfte. Ist sie vertraglich gut geregelt, kann sie sogar durchaus zu einer Form gegenseitiger Hilfe werden und Vertrauen zwischen den Menschen herstellen.

Warum also sollten wir lieber an einer zentralisierten, trägen und ideologisch «regulierten» Wirtschaft hängen, die das Land verelendet hat; warum? Um einen parasitären Apparat zu retten, der sonst seiner Existenzberechtigung verlustig ginge; darum?

Sicher: Was der Apparat in nutzloser Beschäftigung hält, das sind Millionen von



Menschen. Sie sind nicht vorbereitet zur Umstellung auf eine Marktwirtschaft, und ihnen droht ein schwerer Schlag. Wir müssen ihn dämpfen, und wir können das auch. Denn glücklicherweise oder unglücklicherweise haben wir ja die Reserve der vielen Milliarden, die sich flottmachen lassen, wenn wir mit den vorhin erwähnten unsinnigen Ausgaben aufhören.

In bald sechs Jahren hat die Perestrojka heilsam weder die Landwirtschaft noch die Industrie erfasst. Weiteres Zaudern in Unentschiedenheit bedeutet zusätzliches Leiden für die Bevölkerung: keine Durststrecke, sondern nutzlos vertane Jahre.

Nun aber: Die nötige Umgestaltung unseres eigenen Landes ist nicht ersetzbar durch eine eifernde Nachahmung dessen, was eine andersgeartete Wirtschaft drüben in Jahrhunderten an Wachstum und Wucherung hervorgebracht hat.

Ich bin kein Nationalökonom und begehre mich nicht als solcher aufzuspielen. Wie man es genau anstellen muss, um einen Staatsbetrieb in eine Kooperative umzuwandeln, und wie man in tausend andern Dingen vom einen zum andern kommt, darüber haben sich schon genügend Experten in ausreichender Zwietracht den Kopf zerbochen; da braucht es mich nicht auch noch dazu.

Dafür glaube ich mir Klarheit darüber verschafft zu haben, wem die Förderung privater Initiative zugute kommen soll in diesem grossen Land: den Kleinen. Soll der Wohl-

stand auf lokaler Ebene baldmöglichst kommen, benötigen wir unabhängige Kleinunternehmen überall. Der ungehemmten Konzentration von Kapital, der Bildung von Monopolen und der sektoralen Unterwerfung der einen Betriebe durch die andern ist gesetzgeberisch vorzubeugen. Wenn die Konkurrenz zum Monopol führt, macht dieses Schluss mit ihr und verschlechtert die Produktion. Und wer sich den Alleinvertrieb einer Ware gesichert hat, ist nicht länger an ihrer Haltbarkeit interessiert, sondern an ihrer Ersetzbarkeit. Im Westen ist der frühere Stolz der Unternehmer wie auch der Kunden auf die Dauerhaftigkeit ihrer Güter dahin; die Wellen neuer Modelle überschlagen einander mit ihrem Gisch. Der gesunde Sinn für Reparaturen ist abhanden gekommen; was schadhaft geworden ist, wird nicht geflickt, sondern ersetzt. Man trägt die Tugend der Bescheidenheit ab und türmt dafür den teuren Abfall zu Bergen, eine zivilisatorische Zertrümmerung.

Die Novitätenflut wird begleitet von einer ständigen Teuerung, die das Ihre zur Verflüchtigungsmentalität beiträgt. Und das geschieht ausgerechnet in den entwickelten Ländern. Wo die Arbeitsproduktivität steigt, sollten eigentlich die Preise sinken, aber statt dessen überholen sie die kurzatmigen Rationalisierungen laufend. So schürt der Sauerstoff, der den Wirtschaftsorganismus beleben sollte, nur den Brand seiner Verzehrung.

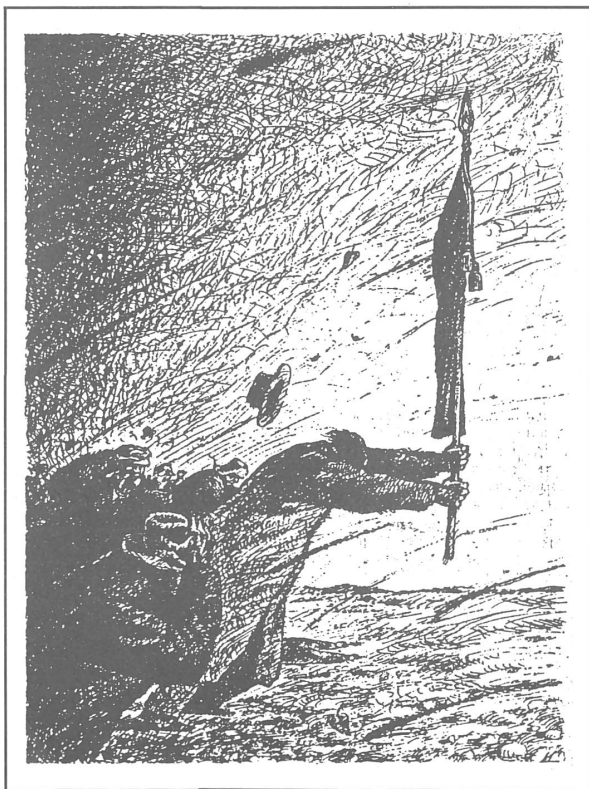
Ach, und übrigens: Im alten Russland hatte es stabile Preise gegeben, über Jahrhunderte hinweg.

(Solschenizyn fordert Antitrustgesetze, progressive Besteuerung von Wirtschaftsgiganten und eine Kontrolle der Banken zur vorsorglichen Verhinderung ihrer Schattenherrschaft über das Land.)

Ferner müssen wir uns klarmachen, dass ganz allgemein der Ausverkauf unserer Bodenschätze und unserer Flächen mit ihren Wäldern an ausländische Kapitalisten nicht der Preis ist, den wir für unsern Bruch mit dem Kommunismus zu zahlen brauchten. Dass uns ausländisches Kapital aus dem Schlamassel herausholen könnte, den wir selber angerichtet haben, ist eine überaus gefährliche Vorstellung. Natürlich werden die ausländischen Investoren kommen, sobald sie den Profitmöglichkeiten trauen, die wir ihnen zuzuhalten suchen. Aber wenn wir sie zu Bedingungen anlocken, die ihnen den Gewinn und uns die Demütigung einbringen, wenn wir uns ihnen so andienen nach dem Motto «Kommt doch, bitte, bitte, und herrscht über uns», dann können wir etwas später zusehen, wie wir aus dem selbstgewählten kolonialen Status wieder herauskommen. Es reicht doch, dass uns die Jahre der Sowjetherrschaft glücklich auf das Niveau eines kolonialisierten Landes gebracht haben.

Das heisst nicht, dass wir uns ausländischem Kapital unbedingt zu verschliessen hätten. Wir können seine ökonomische Kräftigung brauchen, aber wir haben dafür zu sorgen, dass sie weder durch Mehrwertexport noch durch Umwelterstörungen aufgehoben wird. Wenn das klargestellt ist, dürfen wir für unsere nachgeholte Entwicklung unter anderm auch ruhig ausländisches Geld einsetzen.

Es ist jedenfalls nicht so, dass wir zur Gänze darauf angewiesen wären. Die Arbeitsinitiative ist unserer Bevölkerung zwar abgewöhnt worden, aber nicht auf alle Zeiten. Wir haben gesehen, wie die Japaner aus ihrem Niedergang wieder hochgekommen sind, und das haben sie zur Hauptsache nicht ausländischen Spritzen zu verdanken, sondern ihrer eigenen Arbeitsmoral. Auch bei uns kann sich die Arbeitsqualität rasch verbessern. Unser Mutterwitz in praktischen Belangen wird aufleben, sobald die staatliche Niederdrückung der Tatenlust aufhört und eine faire Entlohnung winkt. Zur Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt kommen wir nicht über Nacht, aber bei der Grösse und beim Reichtum unseres Landes kann uns der Binnenmarkt bis dahin über die Runden bringen. ■



«Moskowskije  
Nowosti», Moskau,  
Nr. 10/1989